

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

NEUES BÜRO IN ABU DHABI:
Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammerert MdB eröffnete mit einem Vortrag zu Werten in den Internationalen Beziehungen das neue KAS-Büro in Abu Dhabi.



POLITISCHER DIALOG:
Der kolumbianische Staatspräsident Álvaro Uribe stand während einer von der KAS organisierten Veranstaltung 600 Jugendlichen und Studenten Rede und Antwort.



MEDIEN:
Zahlreiche internationale Medienmacher diskutierten während der „Africa Media Leadership Conference“ über aktuelle Entwicklungen im Journalismus.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG:
Über 100 Experten nahmen im September auf Einladung der KAS in Neu Delhi an einer Konferenz zur Finanzmarktkrise aus Sicht der G20-Staaten teil.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 5
Rechtsstaat
- Seite 6
Medien
- Seite 7
Politischer Dialog
- Seite 10
KAS Panorama
- Seite 12
Demokratie und Entwicklung
- Seite 14
Menschenrechte
- Seite 15
Werte- und Religionsdialog
- Seite 16
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 18
Energie und Umwelt
- Seite 19
Neuigkeiten aus der Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 20
Neuerscheinungen



20 JAHRE BERLINER MAUERFALL

Die KAS hat im Jubiläumsjahr 2009 anlässlich der Gedenktage eine Vielzahl von Veranstaltungen zur Erinnerung an den Fall der Mauer durchgeführt. Es galt im Gedächtnis zu halten und weiterzugeben, was damals zur Überwindung von Unfreiheit und Unterdrückung führte.

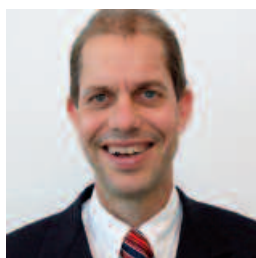
Ob im brasilianischen Pernambuco oder im marokkanischen Rabat, in Togo oder in der Mongolei, weltweit ist das Interesse an diesem Glücksmoment der Freiheit groß. Der Fall der Berliner Mauer ist das Symbol, das weltweit im kollektiven Gedächtnis der Menschen einen festen Platz gefunden hat und das den Zusammenbruch des Kommunismus in Europa und das Ende des Ost-West-Konflikts markiert.

Ein Segment der Berliner Mauer wurde in der kroatischen Hauptstadt Zagreb enthüllt, in der georgischen Hauptstadt Tiflis diskutieren Studenten über die Friedliche Revolution und die Lehren, die die junge Generation daraus ziehen kann. In Israel berichteten die ehemaligen Bürgerrechtler und heutigen CDU-Politiker Vera Lengsfeld und Rainer Eppelmann über die Oppositionsbewegung in der DDR.

Fortsetzung auf Seite 3

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



am 9. November 2009 jährte sich der Fall der Berliner Mauer zum 20. Mal. Dies war ein Grund für die KAS, auch in ihrer internationalen Arbeit an dieses Jubiläum zu erinnern und gemeinsam mit unseren ausländischen Partnern zu feiern. Denn der Fall der Berliner Mauer war nicht nur eine der glücklichsten Stunden, die das deutsche Volk in seiner Geschichte erlebt und der den Weg zur Wiedervereinigung und zur Einheit Europas geebnet hat. Der Fall der Mauer war mehr als nur die Beseitigung eines menschenverachtenden Grenzregimes: Er war der Sieg der Demokratie über die kommunistische Diktatur.

Und die Bestätigung, dass die von Konrad Adenauer und seinen Mitstreitern geschaffene freiheitliche und demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung der kommunistischen Zwangsherrschaft überlegen ist.

Der Berliner Mauerfall wäre nicht möglich gewesen ohne die Vorleistungen der Solidarnosc-Bewegung in Polen und der Charta 77 in der Tschechoslowakei, ohne die mutige Politik der ungarischen Regierung im Sommer 1989, ohne George Bush Senior und Michail Gorbatschow, aber auch nicht ohne die moralische Kraft, die keiner so glaubwürdig verkörperte wie Papst Johannes Paul II. Wir sind uns bewusst, dass es ohne sie die Friedliche Revolution in der DDR und den Mauerfall am 9. November 1989 so nicht gegeben hätte.

Gleichzeitig umfasst der damals angestoßene Demokratisierungsprozess, für den in Europa die Chiffre 1989/90 steht, nicht nur den ehemaligen Ostblock, sondern – spätestens mit dem Zusammenbruch des Kommunismus – die gesamte Welt. Die Hinwendung zur Demokratie begann in Lateinamerika bereits in den 1980er Jahren und setzte sich zu Beginn der 1990er Jahre auch in Afrika und Asien fort. Die politische Entwicklung von Ländern wie Chile, Südafrika oder Indonesien fand in Deutschland große öffentliche Anteilnahme.

Zwanzig Jahre nach dem Berliner Mauerfall erkennen wir jedoch immer deutlicher, dass viele Demokratien noch unvollständig und nicht voll funktionsfähig sind. Es war ein Trugschluss zu glauben, dass das „Ende der Geschichte“ erreicht sei (Francis Fukuyama) und sich diktatorisch geführte Staaten automatisch zu Demokratien entwickeln würden. Nicht nur in Deutschland gilt: Die Demokratie braucht Demokraten. Menschen werden nicht als Demokraten geboren, sondern müssen zu Demokraten erzogen werden. Daher ist die politische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Ausland wichtiger denn je.

Die KAS hat das 20. Jubiläum des Berliner Mauerfalls zum Anlass genommen, in ihrer Auslandsarbeit an diesen Glücksmoment der Freiheit zu erinnern, gleichzeitig aber auch den Blick in die Zukunft zu richten und für Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft zu werben. In der vorliegenden Ausgabe von KAS-International stellen wir Ihnen vor, wie einige unserer Auslandsbüros das Jubiläum begangen haben.

Berlin, im November 2009

Gerhard Wahlers
Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:
Gesamtkoordination
■ Laura Bierling:
Assistenz

■ Dr. Nino Galetti:
Medien, Energie und
Umwelt

■ Sabine Gerhardt:
Demokratie und
Entwicklung

■ Dr. Helmut Reifeld:
Politischer Dialog

■ Dr. Angelika Klein:
Werte- und Religions-
dialog, Menschenrechte

■ Susanna Vogt:
Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:
Rechtsstaat

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

KAS, Henning Lüders, pixelio,
dpa Picture-Alliance

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Abgeordneter KWON Young Se, Präsident der Koreanisch-Deutschen parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft mit Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der KAS

SCHWERPUNKTTHEMA

20 JAHRE BERLINER MAUERFALL

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Eine große Geste des Dankes veranstaltete die KAS in Ungarn mit einer zweitägigen Konferenz, bei der die beiden ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und Miklós Nemeth sowie Imre Pozsgay, der vor zwanzig Jahren Chef des Amtes des ungarischen Ministerpräsidenten und für die eigentliche Öffnung des Eisernen Vorhangs verantwortlich war, über den damaligen Mut der Ungarn diskutierten: Denn in der Nacht vom 10. zum 11. September hob sich der Schlagbaum an der ungarischen Westgrenze für immer und nicht nur symbolisch für einige Stunden, wie noch einige Wochen zuvor während des Paneuropäischen Picknicks in Sopron an der österreichisch-ungarischen Grenze. Schon vor dem Fall der Berliner Mauer strömten hier tausende DDR-Bürger über die Grenze. An der Gedenkfeier zu diesem Ereignis nahm auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel teil.

Einen anderen Blickwinkel nahmen die Feiern in Südafrika ein. Unter dem Titel „A long walk to Democracy – Celebrating milestones of freedom and unity“ feierte die KAS in den vergangenen Monaten den Jubiläums-Dreiklang 60 Jahre Bundesrepublik, 20 Jahre Mauerfall und 15 Jahre Demokratie in Südafrika. Gemeinsam mit dem Goethe-Institut zeigte die KAS in Johannesburg den Spielfilm „Das Leben der Anderen“. Weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit dem Vergleich von Verfassung, Bundesstaat und Parteiensystem in Deutschland und in Südafrika.

Als ein „die Welt bewegendes und veränderndes Ereignis“ bezeichnete der KAS-Vorsitzende Prof. Dr. Bernhard Vogel im indischen Neu Delhi den Mauerfall. Bis zum 9. November 1989 hätten die Bürgerinnen und Bürger, die in Ostdeutschland auf die Straße gingen, Reformen gefordert. Nach der Grenzöffnung sei jedoch die Überwindung der DDR zum Ziel der Menschen geworden. Die Zuhörer diskutierten im Anschluss, welche Erfahrungen aus der deutschen Teilung auf die Situation zwischen Indien und Pakistan übertragen werden könnten.

Fortsetzung auf Seite 4



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit Staatspräsident László Sólyom



Das Büro der KAS in Südafrika lud zu einer Reihe von Veranstaltungen ein.



Prof. Dr. Bernhard Vogel während seiner Rede zum zwanzigsten Jubiläum des Berliner Mauerfalls in Neu Delhi/Indien



Partnerkonferenz „Democratization Experiences“ in Malang/Indonesien: Winfried Weck, Joaquim da Costa Freitas (Civil Society Advisor im Büro von Premierminister Xanana Gusmão), Sukardi Rinakit (Senior Researcher SSS)

Rainer Eppelmann beschreibt den langen Weg zur friedlichen Revolution und Selbstbefreiung.



SCHWERPUNKTTHEMA

20 JAHRE BERLINER MAUERFALL

► Fortsetzung von Seite 3

In Korea feierte die KAS mit einer Konferenz unter dem Titel „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland – 20 Jahre Wiedervereinigung: Rückblick und Ausblick auf die Projektarbeit der KAS Korea“ gleichzeitig das 30jährige Jubiläum ihres Büros in Seoul. Bis heute sind die deutschen Politischen Stiftungen für koreanische Politiker wichtige Ratgeber in Fragen der Teilung ihres Landes und der Perspektiven einer Wiedervereinigung der Halbinsel. Entsprechend ließ es sich der koreanische Wiedervereinigungsminister Hyun In-Taek nicht nehmen, den stellvertretenden Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers im Rahmen seines Besuchs in Korea am 26. August 2009 zu einem Gedankenaustausch über Fragen der deutschen und koreanischen Einheit zu treffen.

Aus der Perspektive Südostasiens markiert das Jahr 2009 ein Jahrzehnt der Demokratisierung in Indonesien und Ost-Timor. Die KAS in Indonesien hat dies zum Anlass genommen, die unterschiedlichen Erfahrungen mit Demokratisierungsprozessen in Ost und West in den Mittelpunkt einer Konferenz zu stellen. Winfried Weck, Leiter des KAS-Büros in Indonesien machte die Bedeutung der deutschen Politischen Stiftungen für den Aufbau eines demokratischen Staates in Westdeutschland als Antwort auf das Scheitern der Weimarer Republik und die Verbrechen des Nazi-Regimes deutlich. In der sich anschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass auch Indonesien einen vergleichbaren Prozess der „Demokratisierung der Köpfe“ durchlaufen müsse.

„Rechtsstaat in Lectures“ – 20 Jahre Mauerfall

Die Publikation stellt eine von mehreren Beiträgen des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa zum Jubiläumsjahr 2009 sowie zum Schwerpunktbereich „Juristische Vergangenheitsaufarbeitung“ dar.

■ www.kas.de/publikationen

VERFASSUNGSauftrag: GROS NATIONAL HAPPINESS!

Im Königreich Bhutan ist Anfang 2008 die erste demokratische Verfassung in Kraft getreten. Seit den Wahlen im Mai 2008 ergeben sich in der jungen Demokratie des Himalaja-Staats zahlreiche Fragen bei der Implementierung der Verfassungsnormen. Das Rechtsstaatsprogramm unter Leitung von Clauspeter Hill führte auf Wunsch von Premierminister Jigmi Y Thinley im September 2009 zum ersten Mal ein Beratungsprogramm mit dem Büro des Attorney General durch. An den Diskussionen mit dem Hamburger Verfassungsrechtler Prof. Dr. Ulrich Karpen nahmen Abgeordnete beider Kammern unter Leitung des Präsidenten der Nationalversammlung, Lyonpo Jigme Tshulthrim sowie der Oberste Richter des Landes, Lyonpo Sonam Tobgye mit zahlreichen Richtern und Anwälten teil.



v.l.n.r.: Clauspeter Hill, Premierminister Jigmi Y Thinley, Prof. Dr. Ulrich Karpen

60 JAHRE GRUNDGESETZ UND 60 JAHRE VOLKSREPUBLIK CHINA

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China jähren sich 2009 zum 60. Mal. Dies bot Gelegenheit, beide Verfassungen vor dem Hintergrund kulturell unterschiedlich geprägter Gesellschafts- und Rechtstraditionen zu vergleichen. Mit Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Udo Di Fabio konnte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Peking einen herausragenden Referenten zu einem gemeinsamen Symposium mit dem Institut für Recht der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) gewinnen.



Prof. Dr. Di Fabio (rechts) nach seinem Vortrag in der Universität Peking am 10. September mit Dr. Karl-Heinz Schnell

Prof. Di Fabio stellte die grundlegenden Verfassungsgüter des deutschen Grundgesetzes – die Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit und persönliche Freiheitsrechte – in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er legte dar, wie das Grundgesetz die Schutz- und Entfaltungsrechte eines Individuums mit denen nach Sicherheit und Stabilität von Gesellschaft und Staat in Einklang zu bringen versucht.



Das KAS-Rechtsstaatsprogramm setzt sich weltweit für Rechtsstaatlichkeit ein.

RECHTSSTAAT

Der kolumbianische Staatspräsident Álvaro Uribe im Gespräch mit Bundesverfassungsrichter Prof. Rudolf Mellinghoff

XVI. LATEINAMERIKANISCHES VERFASSUNGSRICHTERTREFFEN IN KOLUMBIEN

Unter dem Leitthema „Die Verfassungsgerichte angesichts der neuen Herausforderungen der lateinamerikanischen Gesellschaften“ fand vom 7. bis 10. September in Cartagena de Indias das XVI. Lateinamerikanische Verfassungsrichtertreffen statt.

Auf Einladung des kolumbianischen Verfassungsgerichts und des KAS-Rechtsstaatsprogramms diskutierten Verfassungsrichter und Verfassungsrechtsexperten aus dreizehn Ländern Lateinamerikas über den Schutz sozialer Grundrechte, die Rolle der Verfassungsgerichte nach den jüngsten Verfassungsreformen, Verfassungskultur und -kontinuität in der Region sowie auf einem Sonder-Panel über das Thema Umwelt und Rechtsstaat. Die Verfassungsgerichtsbarkeit ist in einigen Ländern der Region zumindest in ihrer Unabhängigkeit, mitunter gar in ihrem Bestand gefährdet. So wurde in Boli-

vien im Mai die letzte, wider allen politischen Drucks noch am dortigen Verfassungsgericht verharrende Richterin, die an der Tagung als Sondergast teilnahm, durch eine 85-prozentige Budgetkürzung aus dem Amt gedrängt.

Der kolumbianische Staatspräsident Álvaro Uribe lud zu einem Abendessen in seinem Gästehaus in Cartagena ein – dies in einem rechtspolitisch bedeutsamen Moment, denn das kolumbianische Verfassungsgericht prüft derzeit die Verfassungsmässigkeit der Einberufung eines Referendums, mittels dessen eine Verfassungsänderung herbeigeführt werden könnte, die eine zweite Wiederwahl Uribes ermöglichen würde. Als Experten aus Deutschland konnten zum einen der Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Rudolf Mellinghoff und zum anderen Verfassungs- und Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Matthias Herdegen (Universität Bonn) gewonnen werden.

MEHR ERBE FÜR ÄGYPTISCHE FRAUEN

Sowohl das Frauen-Erbrecht als auch seine Durchsetzung werden in Ägypten immer kontroverser diskutiert. Wie in vielen anderen muslimischen Ländern auch, beruht das ägyptische Erbrecht auf islamischem Recht und sieht eine Reihe von Benachteiligungen für Frauen vor. Gerade in ländlichen Regionen herrscht Unklarheit über die Hintergründe und Kompensationsmöglichkeiten dieser Regelungen. Schlimmer noch ist aber die häufig anzutreffende Missachtung dieser Erbansprüche von Frauen durch männliche Verwandte. Verantwortlich sind patriarchalische Strukturen, enger Familienzusammenhalt sowie eine schwache und korrupte Gerichtsbarkeit. Die KAS in Ägypten veranstaltete im Juli im oberägyptischen Assiut eine Konferenz, die sich mit den erbrechtlichen Problemen von Frauen beschäftigte. Über hundert Juristen, Frauenrechtlerinnen und Betroffene unterstrichen hierbei den großen Bedarf an Information und Aufklärung.

Frauenrechtlerinnen erklären das ägyptische Erbrecht und fordern ein Ende der erbrechtlichen Benachteiligung von Frauen.



SOUTHERN AFRICAN CHIEF JUSTICES FORUM

7.-8. AUGUST 2009, KASANE, BOTSWANA

Die Konrad-Adenauer-Stiftung war Mitveranstalterin der sechsten „Southern African Chief Justices Forum Annual Conference 2009“ in Kasane, Botswana. Die Konferenz fand unter dem Leitthema: „The Rule-of-Law, Judicial Accountability and Administrative Justice“ statt (Rechtsstaat, Richterverantwortung und Verwaltungsgerichtsbarkeit). Sie wurde vom Präsidenten der Republik Botswana, Seretse Khama Ian Khama, eröffnet. Die Konferenz behandelte Einzelfragen über die Rolle der Justiz und ihr Verhältnis zur Exekutive in Verfassungsstaaten und beim Schutz von Menschenrechten. Unter den Teilnehmern waren die Chief Justices von 15 afrikanischen Ländern, Wissenschaftler, Richter, Repräsentanten der Venice Commission, des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und von NROs.



AFRIKAS MEDIEN BLOGGEN UND TWITTERN

Vom 4. bis 7. Oktober fand in Ghanas Hauptstadt Accra zum achten Mal die „Africa Media Leadership Conference“ des Medienprogramms Subsahara-Afrika statt. Unter dem Titel „Von der Zukunft lernen: Afrikas Medienlandschaft im Jahr 2029“ diskutierten rund 60 Chefredakteure, Herausgeber und Medienmanager aus 20 Ländern über die Herausforderungen, denen die afrikanischen Medien in den nächsten Jahren ausgesetzt sein werden.



Linus Githahi,
Vorsitzender von Nation Media Kenya

Die Konferenz hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Nicht nur die Zahl der Delegierten ist erheblich angestiegen, auch deren Berufsprofile haben sich verändert. Dominierten bis vor kurzem die klassischen Medien Print, Radio und TV, so sind die Neuen Medien inzwischen ein nicht wegzudenkender Teil des Konferenzprogramms.

Dieser Mix an Teilnehmern ist wichtig für die Weiterentwicklung der afrikanischen Medien. Denn ohne die Neuen Medien können die traditionellen Medien auf Dauer nicht überleben. Gerade in Afrika, wo es neben den Regierungen oft kaum Werbetreibende und damit nur wenig Einnahmen über die Verkaufserlöse hinaus gibt, werden diese Kooperationen immer wichtiger.

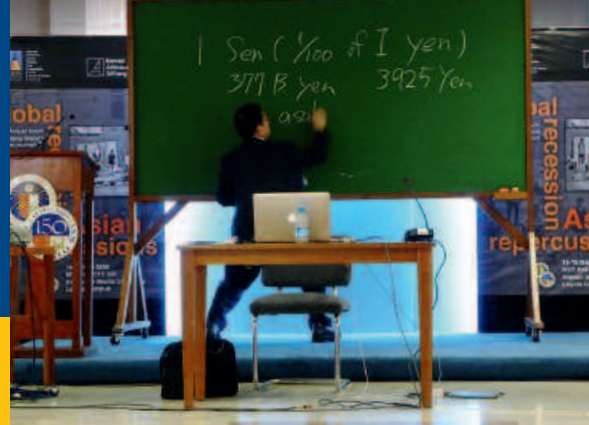
Das Medienprogramm nahm die Konferenz zum Anlass, einen Testballon der digitalen Art zu starten: Zum ersten Mal richtete die KAS während einer internationalen Konferenz einen Blog ein und stellte Twiternachrichten, Fotos und Präsentationen live ins Internet. Der Erfolg blieb nicht aus: allein die fünf beliebtesten Twitterer hatten insgesamt 7440 „Follower“. Blogeinträge kamen aus diversen afrikanischen Ländern sowie aus Kalifornien und der Karibik. Die Blogger äußerten dabei viel Interesse und kommentierten die Redebeiträge. Die Themen der Konferenz wurden damit nicht nur in einem kleinen Kreis von ausgewählten Delegierten diskutiert, sondern weltweit von mehreren tausend Menschen wahrgenommen.



Asia Media Directory jetzt online

Die neue Ausgabe des „Asia Media Directory“ erscheint nicht mehr gedruckt, sondern digital im Internet. Das Medienverzeichnis ist damit ab sofort weltweit und rund um die Uhr einsehbar. Von besonderem Vorteil für die Nutzer ist, dass die Onlineversion kurzfristig und ohne großen Aufwand aktualisiert werden kann.

Einzu sehen ist das „Asia Media Directory“ unter www.kas.de/mediaasia



TAFEL UND KREIDE

Das 4. Forum für junge Medienführungskräfte stand kürzlich vor einer Herausforderung der besonderen Art: Vom Notebook über schnurlose Mikrophone bis zum Beamer hatten das Medienprogramm in Asien und das „Konrad Adenauer Asian Center for Journalism“ (ACFJ) in Manila für alles gesorgt, um über mobile Inhalte, Blogs und Twitter nicht nur reden, sondern die neuen Onlinetrends in Text, Bild und Ton auch darstellen zu können. Bis Takeshi Go Kawasaki ans Rednerpult trat – und höflich um ein Stück Kreide und eine Tafel bat.

Der Leiter des internationalen Think Tanks der japanischen Tageszeitung „The Asahi Shimbun“ fand mit seiner bodenständigen Präsentationsmethode ungeteilte Aufmerksamkeit: die Mehrzahl der anwesenden Jungjournalisten hatte mit Tafel und Kreide bisher kaum Berührung.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Bettermann in Argentinien

Am 28. August veranstaltete das Medienprogramm der KAS eine Konferenz in Buenos Aires zum Thema „Herausforderungen des öffentlichen Rundfunks im 21. Jahrhundert“. Hauptredner war der Intendant der Deutschen Welle, Erik Bettermann (rechts im Bild mit dem Leiter des Medienprogramms Lateinamerika, Peter-Alberto Behrens). Er diskutierte mit argentinischen Politikern und Medienmanagern über die künftige Entwicklung der Medien im Angesicht neuer Technologien, Sendungsformate und Kommunikationsformen sowie über das geplante Rundfunkgesetz.



KAS ERÖFFNET BÜRO IN ABU DHABI

Mit einer Grundsatzrede über „Werte und Interessen als Herausforderung für die Internationalen Beziehungen“ eröffnete im Juni der stellvertretende KAS-Vorsitzende, Bundestagspräsident Professor Dr. Norbert Lammert, das neue Regionalprogramm für die Golf-Staaten.

Von Abu Dhabi aus steuert die KAS seitdem ihre Aktivitäten in der geostrategisch immer wichtiger werdenden Region. „Einen konkreten Beitrag zu Frieden, Toleranz und Völkerverständigung“ wolle die KAS gemeinsam mit ihren Partnern in der Region leisten, erklärte Lammert vor über 200 Gästen am Emirates Center for Strategic Studies and Research (ECSSR) in Abu Dhabi. Das ECSSR ist der erste Partner der KAS in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Die stellvertretenden Generalsekretäre von ECSSR und KAS, Abudullah Hussain und Dr. Gerhard Wahlers, unterzeichneten im Rahmen der Veranstaltung ein Kooperationsabkommen. Mit dem neuen Büro werde die KAS der wachsenden Bedeutung der Golf-Region gerecht, betonte Wahlers. Längst lasse sie sich nicht mehr auf Öl und Gas reduzieren.

Im Mittelpunkt der Kooperation werden daher Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, der regionalen Integration, ordnungspolitische Grundsatzfragen sowie der

politische Dialog zwischen Europa und den Staaten des Golf-Kooperationsrates stehen.

Die KAS ist als erste deutsche politische Stiftung in der Golf-Region präsent und wird mit dem neuen Regionalprogramm Golf-Staaten von der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate aus auch in den übrigen Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrates: Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Bahrain, Oman sowie im Jemen aktiv sein. Die Aufmerksamkeit gilt dabei nicht zuletzt Fragen der globalen Ordnungspolitik, denen an einem international geprägten und wirt-



schaftlich immer bedeutenderen Standort wie den Golf-Staaten nicht erst seit der Finanzkrise besondere Bedeutung und Aufmerksamkeit zukommt.

Weitere vorrangige Fragen sind die Sicherheitspolitik, insbesondere die „Vernetzte Sicherheit“ sowie die Versorgungssicherheit Europas mit Energie. Das dritte Standbein der der KAS am Golf wird die Medienarbeit sein, da von hier aus nicht zuletzt durch die arabischsprachigen Satellitenkanäle das Meinungsbild in der arabischen Welt stark beeinflusst wird. Ordnungspolitische Dialoge, die zu einem besseren Verständnis zwischen arabischer und westlicher Welt beizutragen, liegen im gemeinsamen Interesse beider Seiten.

Prof. Lammert definierte in seinem Vortrag nicht nur „handfeste Interessen“, sondern auch das Wissen um gemeinsame Werte und Orientierungen als wesentliche Stützen guter internationaler Beziehungen. Nur eine Betrachtung sowohl der gemeinsamen als auch der unterschiedlichen Interessen, so der Bundestagspräsident, führe zu einem ausgeglichenen Verhältnis der unterschiedlichen Kulturen.

Im Rahmen seines Besuches in Abu Dhabi traf Lammert unter anderem mit dem Innenminister und stellv. Ministerpräsidenten der VAE, Scheich Saif bin Zayed al-Nahyan, Wissenschaftsminister Scheich Nahyan bin Mubarak al-Nahyan sowie mit dem Staatsminister im Außenministerium Dr. Anwar Mohammad Gargash und dem Sprecher des Federal National Council (FNC) Abdul Aziz al-Ghurair zusammen.



Abdullah Hussain, stellvertretender Generalsekretär der ECSSR und Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der KAS, nach der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens

Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG

DER MAZEDONISCHE STAATS-PRÄSIDENT IVANOV ZU GAST

Dr. Gjorge Ivanov ist ein langjähriger Freund der KAS. Gemeinsam mit ihm hat die Stiftung seit Beginn ihrer Arbeit im Land eine politische Akademie zur Professionalisierung konservativer Mandatsträger und eine über die Grenzen des Landes hinaus anerkannte politische Vierteljahresschrift ins Leben gerufen. Am 14. September warb er im Rahmen seines ersten Staatsbesuches in Deutschland für den raschen Eintritt seines Landes in die euroatlantischen Strukturen. Mazedonien habe in kurzer Zeit mit Erfolg

die zentralen Reformen für die Integration angestoßen.

Der mazedonische Staatspräsident Dr. Gjorge Ivanov und Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender Generalsekretär



Für den Fortschritt auf dem europäischen Weg müsse eine Lösung des Namensstreits mit Griechenland schnellstmöglich gefunden werden, ohne die nationale Identität seines Landes zu gefährden. Insbesondere mit Hilfe der Expertise der KAS erwartet Ivanov die demokratische Konsolidierung Mazedoniens und eine noch engere Partnerschaft mit Deutschland.

„HERR PRÄSIDENT, ICH HABE EINE FRAGE“

Unter diesem Titel organisierte die KAS Kolumbien zusammen mit der Fundación Revel eine Veranstaltung mit dem Titel „Presidente, tengo una pregunta“. Zwei Stunden stand der kolumbianische Staatspräsident Álvaro Uribe den rund 600 kolumbianischen Jugendlichen und Studenten Rede und Antwort. Auch heikle Fragen der aktuellen politischen Agenda des Landes blieben nicht ausgespart. Er gab offen zu, dass er die Milch- und Bus-ticketpreise nicht kenne, gestand Fehler ein, und kündigte an, den in die Schlagzeilen geratenen Geheimdienst DAS aufzulösen. Im Mittelpunkt stand sein Werben für die Fortsetzung der Politik der „demokratischen Sicherheit“. Engagiert, mit viel Detailkenntnis und einer gehörigen Portion Humor beantwortete Präsident Uribe die Fragen und regte an, im November eine solche Veranstaltung im Präsidentenpalast selbst zu wiederholen.



Der kolumbianische Staatspräsident Álvaro Uribe (rechts). Im Hintergrund der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Kolumbien, Prof. Dr. Stefan Jost.

POLITISCHE BILDUNG MIT DEM KOLPINGWERK BRASILIEN

Gemeinsam mit dem Kolpingwerk organisiert das Büro der KAS in Fortaleza einen Kurs zur politischen Bildung. Dieser Kurs bietet in drei Einheiten Einblicke in den Staatsaufbau, kommunale Selbstverwaltung und die Möglichkeiten der Partizipation an politischen Prozessen. Die Teilnehmer nehmen an Stadtrats- und Bürgeratssitzungen teil und bauen Kontakte zu ihren lokalen Politikern und deren Parteien auf.

Bei seinem Besuch im Kolpingwerk Fortaleza würdigte der stellvertretende Leiter der Internationalen Zusammenarbeit, Frank Spengler (im Bild oben rechts), die Kooperation mit dem Kolpingwerk und wies darauf hin, dass die Kolping-Familie mit der KAS ein gemeinsames Wertefundament teilt. Links im Bild die Leiterin des KAS-Büros Fortaleza, Anja Czymmeck.



Auf Einladung der KAS und des Institute of Democratisation Studies kamen am 9. August in Bangkok hochrangige thailändische Regierungs- und Oppositionspolitiker zusammen, um mögliche Auswege aus der aktuellen politischen Krise zu finden (Bild oben, v.l.: Vorsitzender des Komitees für Versöhnung und Verfassungsreform, Direktung, Vizepräsident des Senats, Nikom Wiratpanich, Vizepräsident des Repräsentantenhauses, Col. Apiwan Wiriayachai).



POLITISCHER DIALOG

ZUKUNFT DER POLITISCHEN BILDUNG

In Guatemala trafen sich Vertreter des Netzwerkes politischer Bildungsinstitute der ODCA-Parteien (Organización Democrata Cristiana de América) aus ganz Lateinamerika. Mit dabei war auch ODCA-Präsident Manuel Espino (5. von links). Bei der Veranstaltung im von der KAS geförderten regionalen „Instituto Centroamericano de Estudios Politicos“ (INCEP) ging es vor allem um Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der politischen Bildung in Lateinamerika und um eine bessere Nutzung ihrer Ergebnisse für die praktische politische Arbeit. Vor allem die Frage, wie gerade junge Menschen für politisches Engagement zu begeistern sind, stand im Mittelpunkt der Diskussion. Auf der Basis gemeinsam erarbeiteten Materials sollen der Erfahrungsaustausch fortgesetzt und Synergieeffekte genutzt werden.

WANDLUNGEN BEOBACHTEN

Auf Einladung des Shanghaier Büro der KAS diskutierte der Arbeitskreis „Junge Außenpolitiker“ Ende Juli mit fünf jungen chinesischen Wissenschaftlern die unterschiedlichen außenpolitischen Konzepte beider Staaten. Im Zentrum des offenen und auch kritischen Meinungsaustauschs stand der deutsche Einfluss auf China in den Bereichen Kultur-, Sicherheits- und Energiepolitik. Die Teilnehmer erörterten ferner die Reform- und Öffnungspolitik Chinas. Aus der abnehmenden Beschäftigung mit Marxismus und Leninismus entwickelte sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Art „Markt“-ismus, während sich Leninismus zunehmend als ein politischer Stil der Partei Pekings bewähre. China stehe heute einem Wandlungsprozess auf drei Ebenen gegenüber: Informations- versus Wissensgesellschaft, Land versus Stadt und zentrale versus regionale Steuerung. Durch das große Spektrum an Meinungen fungierten die Hintergrundgespräche als ein wichtiges Korrektiv, um ein vollständiges Bild der geschichtlichen und politischen Fragestellungen zu vermitteln.

PARTIZIPATION INDIGENER BEVÖLKERUNGSGRUPPEN IN GUATEMALA

Nach einjähriger Vorbereitung begann im Juli das Programm für politische Partizipation indigener Bevölkerungsgruppen in Guatemala, deren demokratische Integration noch immer eine wichtige Herausforderung ist. Mithilfe von Bildungsangeboten an indigene Führungskräfte aus ländlichen und urbanen Räumen will die KAS zusammen mit ihrem Partner INCEP und unter der Federführung eines regionalen Bildungsinstituts Multiplikatoren ausbilden, die kompetent und auf der Grundlage einer demokratischen Wertebasis Verantwortung auf allen Ebenen der Gesellschaft übernehmen. Darüber hinaus gehören öffentliche Diskussionsveranstaltungen zum Ausbildungsprogramm. Über Details des Programms informiert: www.incep.org.



FREUNDSCHAFTSGRUPPE IM PAKISTANISCHEN PARLAMENT

Auf Initiative der KAS und des „Pakistan Institute for Parliamentary Services“ (PIPS) traf sich jetzt erstmalig die neugegründete „Deutsche Parlamentarische Freundschaftsgruppe“ des pakistanischen Parlaments. Die rund 30 Teilnehmer des Treffens lobten das Engagement der KAS bei der Gründung der Gruppe und baten zugleich darum, dass die KAS auch in Zukunft bei der weiteren Etablierung und Institutionalisierung eine begleitende Rolle spielen soll. Als wichtige Geschäftsfelder wurden Außenpolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Sicherheitspolitik, Gesundheit, Bildung, Rechtsstaatlichkeit, Anti-Korruptionsmaßnahmen und die Beziehungen zu Afghanistan hervorgehoben. In der Freundschaftsgruppe sind zahlreiche Bundesminister und Ausschussvorsitzende der fünf größten Parteien vertreten.



Ausgewählte Veranstaltungen

KAS-PANORAMA

LATEINAMERIKA

5 3. Programm zur Bildung der Meinungsfreiheit

Workshop: Universidad Católica Andrés Bello
Caracas, 2.–4. Dezember 2009

12 Informalität der Arbeit und Öffentlichkeitspolitik in Lateinamerika

Expertengespräch
Rio de Janeiro,
3.–4. Dezember 2009

9 Politische und gesellschaftliche Herausforderungen in Lateinamerika

Konferenz
Cochabamba,
9.–13. Dezember 2009

10 III. Lateinamerikanischer Diplomkurs zur Sozialen Marktwirtschaft

Fachkurs für gesellschafts-
politische Nachwuchskräfte
Santiago de Chile
6.–16. Januar 2010

12 Christliche Soziallehre für Katholische Universitäten in Lateinamerika

Internationales Abschluss-Seminar
zur Entwicklung eines Grundkurses
im Rahmen des Regionalprogramms
Soziale Ordnungspolitik
Rio de Janeiro,
31. Januar–3. Februar 2010

12 Energiesicherheit und Klimaschutz – Post-Kopenhagen

Internationale Konferenz
Rio de Janeiro
15./16. April 2010

EUROPA UND
NORDAMERIKA**16 EU-Russia neighbourhood policy**

Fachgespräch
Helsinki, 1. Dezember 2009

27 „A new era in the Balkans“

Konferenz
Brüssel, 8. Dezember 2009

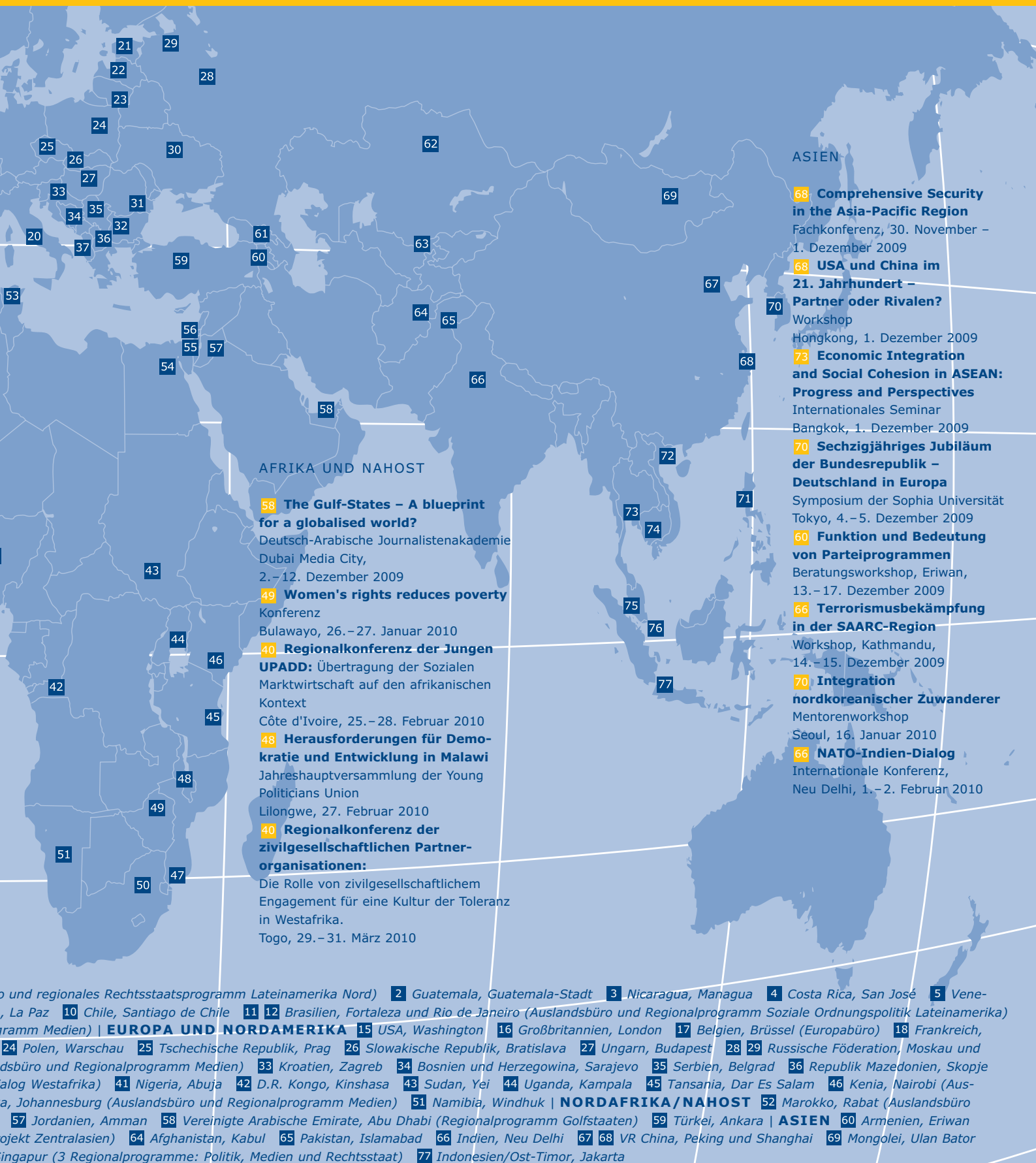
29 Russia and the EU ´ Eastern Partnership: challenge or a new cooperation platform?

Konferenz
St. Petersburg,
11./12. Dezember 2009

25 Parteialog Mittelosteuropa

Konferenz
Prag, 22.–24. Januar 2010

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** **1** Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) **2** Kolumbien, Bogotá **3** Kolumbien, Bogotá **4** Kolumbien, Bogotá **5** Kolumbien, Bogotá **6** Kolumbien, Bogotá **7** Ekuador, Quito (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) **8** Peru, Lima **9** Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) **10** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **11** Brasilien, Brasília (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) **12** Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) **13** Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) **14** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **15** Kanada, Ottawa (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) **16** EU-Russia neighbourhood policy **17** EU-Russia neighbourhood policy **18** EU-Russia neighbourhood policy **19** Spanien, Madrid **20** Italien, Rom **21** Estland, Tallinn **22** Lettland, Riga **23** Litauen, Vilnius (Auslandsbüro und Verbindungsbüro für Weißrussland) **24** Litauen, Vilnius (Auslandsbüro und Verbindungsbüro für Weißrussland) **25** Parteialog Mittelosteuropa **26** Parteialog Mittelosteuropa **27** „A new era in the Balkans“ **28** „A new era in the Balkans“ **29** Russia and the EU ´ Eastern Partnership: challenge or a new cooperation platform? **30** Ukraine, Kiew **31** Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) **32** Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) **33** Albanien, Tirana **34** Albanien, Tirana **35** Albanien, Tirana **36** Albanien, Tirana **37** Albanien, Tirana **38** Senegal, Dakar **39** Ghana, Accra **40** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **41** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **42** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **43** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **44** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **45** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **46** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb) **47** Mosambik, Maputo **48** Malawi, Lilongwe **49** Simbabwe, Harare **50** Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) **51** Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) **52** Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) **53** Tunesien, Tunis **54** Ägypten, Kairo **55** Israel, Jerusalem **56** Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah **57** Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah **58** Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah **59** Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah **60** Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah **61** Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **62** Kasachstan, Astana **63** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **64** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **65** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **66** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **67** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **68** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **69** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **70** Republik Korea, Seoul **71** Philippinen, Manila **72** Vietnam, Hanoi **73** Thailand, Bangkok **74** Kambodscha, Phnom Penh **75** Malaysia, Kuala Lumpur **76** Singapur, Singapur



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

MINISTER SCHÄUBLE IN ÄGYPTEN

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble informierte sich während seines zweitägigen Ägypten-Besuchs Ende Juni auch über die Lage der Zivilgesellschaft und der christlichen Minderheit im Land. Während eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten organisierten Frühstücks traf er mit politischen Aktivisten und Partnern der Stiftung im Land zusammen. Themen waren unter anderem der Fortgang des politischen Reformprozesses und die Wahrung von Minderheitenrechten.



V.I. Georges Izhak, Mitbegründer der ägyptischen Oppositionsbewegung „Kifaya“, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Andreas Jacobs, KAS-Landesbeauftragter in Ägypten

+ + + KURZMELDUNG + + +

Gemeinsames Projekt der KAS in Jerusalem und Ramallah

Aus Anlass einer neuen, gemeinsamen israelisch-palästinensischen Umfrage zu den Themen des festgefahrenen Friedensprozesses, haben die beiden Büros der KAS in Jerusalem und Ramallah Vertreter beider Seiten zu einer gemeinsamen Tagung eingeladen, um über die Chancen zu beraten, die sich aus dieser Umfrage ergeben. Als ein zentrales Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Israelis im Vergleich zum Dezember 2008 – unmittelbar nach der Wahl von US-Präsident Obama – einem Engagement der USA in der Region skeptischer gegenüberstehen, während die Palästinenser diesem gegenüber positiver eingestellt sind. Trotzdem erhoffen sich Vertreter beider Seiten, dass die US-Administration dem arabisch-israelischen Konflikt auch künftig Priorität einräumt.



KONFLIKTEN BEGEGNEN – STAATLICHKEIT FÖRDERN

„Promoting State-Building, Managing Fault-Lines“ war das Thema einer international besetzten Konferenz, die im September 2009 in Cadenabbia stattfand. Experten aus aller Welt berieten drei Tage über die wesentlichen Konfliktlinien in Ländern mit fragiler Staatlichkeit und diskutierten Möglichkeiten, mit denen Konfliktlinien begegnet werden können. Im Rahmen der Konferenz, die in Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Brenthurst Foundation durchgeführt wurde, erarbeiteten die anwesenden Experten ein Forschungsdesign, das die Grundlage einer vergleichenden Länderstudie zur Förderung von Staatlichkeit sein wird. Für das Jahr 2010 sind Folgeveranstaltungen in Israel und Botsuana geplant.

WAHLBEOBACHTUNG MAL ANDERS

In der Zeit vom 20. bis 28. September besuchten der Vorsitzende und der Generalsekretär der togoischen Oppositionspartei CAR, Dodji Apevon und Jean Joel Kissi, Deutschland. Ziel der Studienreise war es, der Partnerpartei Einblicke in den deutschen Wahlkampf zu geben, sowie über wirtschaftliche Impulse für das westafrikanische Land zu diskutieren. Neben der KAS Zentrale besuchte die Delegation auch das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundeskanzleramt. Die Gäste erhielten außerdem Gelegenheit, zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen in der Bundesrepublik zu besuchen, unter anderem in Schleswig-Holstein, wo sie mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zusammentrafen.



V.l.n.r.: Günther Kohl, MIT; Dodji Apevon, CAR; Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein Peter Harry Carstensen, Jean Joel Kissi, CAR; Copyright MIT



V.l.n.r.: Thomas Schiller, Leiter des KAS-Regionalprogramms Politischer Dialog Maghreb, Karim Laraki, Nordafrika-Büro der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika, Jawad Hamri, Berater des marokkanischen Finanz- und Wirtschaftsministers Sid Ahmed el Ghazali, ehemaliger Premierminister, Algeriens, Prof. Dr. Ahmed Youra Haye, Koordinator „Mauretanien Vision 2030“, Brahim Hafedh, Präsident der Maghrebini-schen Union der Arbeitgeber, Libyen

ENTWICKLUNG DURCH INTEGRATION

Am 1. Oktober 2009 fand in Tunis eine gemeinsame internationale Konferenz zum Thema „Unternehmerische Innovation als Antriebskraft der regionalen Integration“ des Centre des Jeunes Dirigeants Tunesien und der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Nach Auffassung von Experten stellt die sehr gering ausgeprägte Regionalintegration zwischen den Staaten der Union des Arabischen Maghreb ein großes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung Nordafrikas dar. Nur Fortschritte auf dem Weg zu einer engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit bieten den Unternehmen im Maghreb neue Wachstumspotentiale und helfen damit, die wirtschaftliche Entwicklung zu dynamisieren.

AFRIKA-KONGRESS DER CDU/CSU-BUNDESTAGS-FRAKTION



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Arnold Vaatz MdB beim Besuch des KAS-Infostandes.

die Reden von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie der Auftritt des entwicklungspolitisch engagierten Musikers Bob Geldof. Für die KAS nahm der stellvertretende Generalsekretär Dr. Gerhard Wahlers an der Podiumsdiskussion „Good Governance – Voraussetzung für Gute Regierungsführung“ teil. Darüber hinaus präsentierte sich die Stiftung mit einem Informations- und Publikationsstand den geladenen internationalen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

DISTRIKTE STÄRKEN IN MOSAMBIK

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des GPAC, einem mosambikanischen Verband von Bürgervereinen, diskutierten Vertreter von Parteien, Funktions-träger aus Kommunen und Distrikten sowie Vertreter von Bürgervereinen verschiedener Provinzen am 19. September in Mafuiane über die Verwendung der Mittel aus den „Distrikt-fonds“. Diese sollen lokale Entwicklungsinitiativen mit Krediten über 7 Millionen Meticals pro Distrikt fördern. Vorläufiges Fazit der Diskussion: Die Umsetzung zeigt erste Erfolge, aber es gibt auch Verbesserungsvorschläge bezüglich Auswahl der geförderten Vorschläge, Zugang zu den Geldern, Verwaltung und Rückzahlung der Mittel.



Gelebte Dezentralisierung: Versammlung eines Bürgervereins

FAMILIENPOLITIK IN SENEGAL

Mit der Vereinigung der senegalesischen Juristinnen organisierte die KAS am 29. und 30. Juli ein Symposium zur Familienpolitik in Senegal. Juristen aus dem ganzen Land, Praktiker und Theoretiker, aber auch Theologen, Soziologen und Mediziner gingen der Frage nach, ob das 1972 als Errungenschaft gefeierte Familienrecht Senegals immer noch den aktuellen Erfordernissen gerecht wird. Die Juristinnen fordern eine Modernisierung des Familienrechts in Anbetracht der Rolle, die Frauen heute im sozialen und wirtschaftlichen Leben spielen und setzen sich gegen islamische Gruppierungen ein, die seit Jahren versuchen, die Scharia anstelle des Familienrechts einzuführen. Auf der Konferenz arbeiteten die anwesenden Parlamentarierinnen einen Gesetzesvorschlag zur Harmonisierung der aktuellen Texte mit den internationalen Verträgen aus. In Kürze wird darüber in den beiden Kammern (Senat, Nationalversammlung) abgestimmt.

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen. (Allg. Erklärung der Menschenrechte, Artikel 18)



MENSCHENRECHTE

RELIGIONSFREIHEIT ALS MENSCHENRECHT – CHRISTENVERFOLGUNG HEUTE



Zu diesem drängenden, aber weitgehend verdrängten Thema veranstaltete die KAS am 18. Juni 2009 ein Fachgespräch in Berlin. Gerhard Robbers, Professor für öffentliches Recht an der Universität Trier, und Otmar Oehring, Leiter der Fachstelle Menschenrechte von „missio e.V.“, eröffneten zunächst die Dimensionen des Problems: Christen sind die derzeit größte unterdrückte religiöse Gruppe weltweit.

Unter dem Motto „Politik trifft Kirche“, diskutierten im Anschluss der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Arnold Vaatz MdB, und die Vorsitzende der entsprechenden Arbeitsgruppe der Fraktion, Erika Steinbach MdB (oberes Bild), mit dem Bevollmächtigten des

Rates der EKD in Berlin, Prälat Dr. Bernhard Fellmeier und der Geschäftsführerin der deutschen Kommission Justitia et Pax, Gertrud Casel (unteres Bild), über Ursachen und Folgen dieses Phänomens. Im Zentrum stand die Überlegung, welchen Beitrag zur Durchsetzung der Religionsfreiheit und zum Schutz der Christen die Politik leisten könne, wie auch die Frage nach der Rolle der Kirchen in der Verteidigung ihres Freiheitsrechts. Vertreten waren auch zahlreiche Organisationen, die sich für Religionsfreiheit als Menschenrecht einsetzen. Sie hielten fest: Religionsfreiheit ist mehr als nur ein Plädoyer für Toleranz – sie ist ein Rechtsanspruch. Der Einsatz für die Christen weltweit muss ein gemeinsames Anliegen werden. Dies erfordert auch einen gemeinsamen Weg.

MENSCHENWÜRDE – MENSCHENRECHTE: ORTHODOXE POSITIONEN

Nach der Sozialdoktrin der Russischen Orthodoxen Kirche – der ersten kirchenamtlichen Stellungnahme der Orthodoxie zu sozialetischen Fragen überhaupt – hat die Russisch-Orthodoxe Kirche im Juli 2008 ein zweites Dokument vorgelegt, das die Grundlagen ihrer Lehre „über die Würde, die Freiheit und die Menschenrechte“ beleuchtet. Die KAS nahm dies zum Anlass, sich im Rahmen ihres Gesprächskreises „Orthodoxe Soziallehre“ mit Vertretern anderer orthodoxen Kirchen auszutauschen. Auf Einladung

der KAS Rumänien und der Sektorstelle für „Werte und Religion“ in Berlin kamen vom 21.–23. September orthodoxe Kirchenvertreter und Sozialethiker aus zahlreichen Ländern zusammen, um ihre Positionen diesbezüglich zu bestimmen. Darunter der Menschenrechtsexperte Prof. Konstantinos Delikostantis von der Universität Athen, aber auch evangelische und katholische Theologen, wie der Direktor des Ökumenischen Instituts Hermannstadt, Prof. Stefan Tobler, und die

Direktorin von Justitia et Pax Österreich und Lehrstuhlinhaberin für Sozialethik an der Universität Wien, Prof. Ingeborg Gabriel. Die Frage nach dem Menschenbild, der daraus abzuleitenden Würde und Rechte des Menschen wurde als grundlegend für jeden sozialetischen Diskurs festgehalten. Mit dem orthodoxen Beitrag ist dieser um eine dritte Dimension reicher.



„A COMMON WORD“ – zu einem „gemeinsamen Wort“ von Christen und Muslimen hat die KAS Anfang Oktober mehrere prominente Multiplikatoren beider Religionen in Cadenabbia zusammengeführt. Der Fokus lag auf Subsahara-Afrika, Süd- und Südost-Asien, mit dem Ziel, gemeinsame Positionen und politische Konsequenzen im Umgang mit den Menschenrechten auszuloten. Dazu wurde eine gemeinsame Stellungnahme formuliert, die Wirkung zeigte: Die „Message from Cadenabbia“ hat eine rasche Verbreitung in den Herkunftsländern der Teilnehmer gefunden.

► www.kas.de/commonword



„Europa atmet mit zwei Lungenflügeln.“

Papst Johannes Paul II zur gleichrangigen Bedeutung von Ost- und Westkirche

WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

*Ost trifft West:
Archimandrit
Simeone Catsiras
von der Griechisch-Orthodoxen
Gemeinde in Rom
mit Dr. Josef
Homeyer, Bischof
em. von Hildes-
heim*

„OST TRIFFT WEST“ – IN ROM: POLITISCHE KULTUR UND RELIGION

Mit einer Konferenz zu diesem Thema eröffnete die Konrad-Adenauer-Stiftung Rom in Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Center for European Studies am 29. September 2009 eine dreiteilige Tagungsreihe unter dem Motto „Zukunftsfragen“.

An der Veranstaltung unter der Schirmherrschaft der Päpstlichen Universität Gregoriana nahmen zahlreiche internationale Experten aller Konfessionen teil, unter anderem der italienische Senator Marcello Pera, der Präsident des internationalen P.E.N., Dr. Jiří Gruša, der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Josef Isensee, der Subsekretär des Päpstlichen Rates Cor Unum, Prälat Mons. Giampietro Dal Toso sowie der Vorsitzende der Abteilung für außenkirchliche Beziehungen der Ukrai-

nischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, Archimandrit-Erzbischof Kyrill und der stellvertretende Leiter der Außenabteilung der Russischen Orthodoxen Kirche in Moskau, Priestermonch Philip.

Die Teilnehmer waren sich einig: Eine Positionierung der christlichen Kirchen im gesellschaftlichen und politischen Wertediskurs kann nur erfolgreich sein, wenn die Kirchen ihr Verhältnis untereinander bestimmen. Die von Papst Johannes Paul II. geprägte Metapher der zwei Lungenflügel betone die notwendige Gleichberechtigung von Ost- und Westkirchen: An einem Dialog auf Augenhöhe müsse daher nach Kräften gearbeitet werden. Im Rahmen der Konferenz verabschiedete die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Positionspapier dazu.

*V.l.n.r.: Padre
Darío Echeverri
Gonzalez, General-
sekretär der CCN,
Mons. Rubén
Salazar Gómez,
Erzbischof von
Barranquilla und
Präsident der
kolumbianischen
Bischofskonferenz,
Prof. Stefan Jost
(Landesbeauftrag-
ter der KAS)*

FRIEDEN UND VERSÖHNUNG IN KOLUMBIEN

Die KAS unterstützt ein neues Projekt der Katholischen Kirche in Kolumbien: Unter dem Dach der dortigen Bischofskonferenz wurde eine „Nationale Versöhnungskommission“ (Comisión de Conciliación Nacional – CCN) gebildet. 20 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens arbeiten darin zusammen

mit dem Ziel, die kolumbianische Zivilgesellschaft zu einem fähigen Akteur im schwierigen Friedensprozess zu machen. Der Präsident der kolumbianischen Bischofskonferenz, Mons. Rubén Salazar Gómez, gab für die Region Caribben den Startschuss: In einer Serie von weiteren Regionalkonferenzen soll der Versuch unternommen werden, Mindestvoraussetzungen

für einen Frieden in Kolumbien zu definieren. Die erzielten Übereinkünfte sollen zum Präsidentschaftswahlkampf im März nächsten Jahres vorgelegt werden und in konkrete Gesetzgebungsvorhaben einmünden.



INTERRELIGIÖSER DIALOG AKTIV GELEBT

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der israelischen Botschaft, der Universität Dakar und der senegalesische Vereinigung für dezentralisierte Zusammenarbeit (ASECOD), tagten über hundert Experten und Vertreter der drei monotheistischen sowie afrikanischer Religionen Mitte Juni bei der KAS in Dakar, um das senegalesische Modell des Zusammenlebens der Religionen zu beleuchten. Dieses gilt als beispielhaft, doch ist auch im Senegal das Zusammenleben der Religionen nicht immer spannungsfrei. Die Ursachen hierfür wurden diskutiert und Lösungsvorschläge erarbeitet. Während der christlich-islamische Dialog schon zu einer festen Einrichtung in Senegal geworden ist, wurden die traditionellen afrikanischen Religionen meist nicht mit einbezogen. Auch die Begegnung mit dem Judentum ist neu: Rabbiner Dov Maimon war eigens hierzu aus Jerusalem angereist. Aus Deutschland war der Theologe und ehemalige Staatssekretär Klaus-Jürgen Hedrich gekommen.





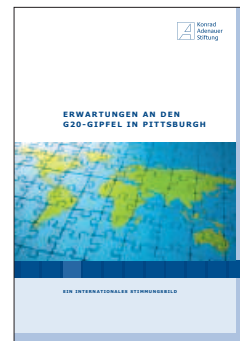
Bild links: Montek Singh Ahluwalia, stellvertretender Vorsitzender der indischen Planning Commission und G20-Sherpa für Indien; Bild rechts: He Fan, Chinese Academy for Social Sciences Beijing, und Dietrich Jahn, Bundesfinanzministerium

G20 – INTERNATIONALE KOOPERATION IN ZEITEN DER GLOBALEN KRISE

Am 14. und 15. September 2009 führte die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem führenden indischen Wirtschaftsforschungsinstitut ICRIER sowie den Partnern CEPII und dem Think Tank Bruegel aus Europa eine Konferenz zur Finanzmarktkrise aus Sicht der G20-Staaten durch.

Mehr als 100 Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft waren der Einladung der Organisatoren nach Neu Delhi gefolgt, um sich mit den Auswirkungen und möglichen Lehren aus der globalen Finanzmarktkrise auseinanderzusetzen. An der Konferenz nahmen sowohl Vertreter der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) als auch Teilnehmer aus den westlichen Industrieländern teil. Aus Deutschland hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung Dietrich Jahn, Leiter der Unterabteilung für Geldpolitik, Kreditaufnahme, Finanzmarktfragen im Bundesfinanzministerium, sowie Dr. Stormy-Annika Milder, Senior Researcher bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und KAS-Altstipendiatin, eingeladen.

Gerade Indien hat sich im Hinblick auf seine Mitgliedschaft in der Gruppe der G20 feste Ziele gesetzt. Der Gouverneur der Reserve Bank of India, Dr. D. Subbarao, verwies in seinem Statement auf vier Aspekte an denen das Land – unter anderem im G20-Verbund – künftig arbeiten müsse: Ausgleich der globalen Ungleichheiten zwischen Industrie- und Schwellenländern; internationale Koordination der Geldpolitik; Beschränkung von Inflation sowie Ausbau der Beziehungen zwischen den Finanzmärkten, der Realwirtschaft und wirtschaftlichem Wachstum. Montek Singh Ahluwalia, stellvertretender Vorsitzender der indischen Planning Commission und G20-Sherpa für Indien, betonte, dass die Schwellenländer zusehends an Bedeutung gewinnen und damit einhergehend das Einsehen der westlichen Industriestaaten wachsen müsse, diese Staaten sowie weitere Schlüsselländer in globale Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Die G20 sei hierfür ein passendes Forum.



Erwartungen an den G20-Gipfel in Pittsburgh

Kurz vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh legte die KAS einen Stimmungsbericht aus den teilnehmenden Staaten vor.

■ www.kas.de/publikationen

EINWEIHUNG DES LEHRSTUHLS „SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – KONRAD ADENAUER“

UNIVERSITÄT MIGUEL DE CERVANTES IN CHILE

Am 18. Juni 2009 wurde an der Universität Miguel de Cervantes in Chile im Beisein des ehemaligen chilenischen Präsidenten Patricio Aylwin der Lehrstuhl „Soziale Marktwirtschaft – Konrad Adenauer“ eingeweiht. Den Festvortrag „Soziale Marktwirtschaft und Ethik“ hielt Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der KAS. Der Lehrstuhl widmet sich der Analyse der Erfolgsbedingungen für das Modell Soziale Marktwirtschaft, um ihre Prinzipien für die lateinamerikanische Realität auszuwerten. Nationale und internationale Studiengänge, Diplomkurse sowie Seminare, Foren, Forschungsarbeiten und Publikationen zu Fragen des wirtschaftlichen Wachstums, der sozialen Entwicklung und der ökologischen Nachhaltigkeit



Festvortrag zur Einweihung des Lehrstuhls „Konrad Adenauer – Soziale Marktwirtschaft“

werden in Kooperation mit der KAS durchgeführt. Ziel ist der Aufbau eines Netzwerks interessierter Wirtschaftswissenschaftler und Meinungsführer aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

STUDIENGANG „RESPONSIBILITY MANAGEMENT“ IN MALAYSIA

Im Rahmen des „CSR & Sustainability Summits“, den das KAS-Auslandsbüro in Malaysia am 17. September in Kuala Lumpur organisierte, wurde der von der KAS und dem Malaysian Institute for Management entwickelte Studiengang „Responsibility Management“ vorgestellt, der ab 2010 Manager in staatlichen und privaten Unternehmen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Umsetzung von Initiativen zur sozialen und ökologischen Unternehmensverantwortung unterstützen soll. Ein neuer Ausbildungsgang, welcher der steigenden Nachfrage nach CSR-Praktiken und wachsendem Umweltbewusstsein in der Region nachkommt, ist ein Beitrag der KAS zur Stärkung nachhaltiger Entwicklung in Malaysia.



Diskussionsrunde mit Botschaftern in Malaysia zum Thema Nachhaltigkeit

FINANZMARKTKRISE – VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN

Unter Leitung der drei Professoren für Volkswirtschaftslehre Rolf H. Hasse, Joachim Starbatty und Wolf Schäfer fand Mitte September in Shanghai ein Dialogprogramm zur Sozialen Marktwirtschaft statt. Gemeinsam diskutierten chinesische und westliche Experten sowie Studenten aktuelle Herausforderungen, denen sich das deutsche und das chinesische Wirtschaftsmodell vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise stellen muss.



Teilnehmer des Dialogprogramms zur Sozialen Marktwirtschaft in Shanghai

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG



FORTBILDUNG FÜR NACHWUCHSPOLITIKER AUS TOGO

In Togo fand Mitte September 2009 das Abschlussseminar eines fünf-wöchigen Fortbildungskurses für junge Nachwuchspolitiker statt. Ziel des Seminars war es, die Kenntnisse der Teilnehmer in den Bereichen Führungsverantwortung und Öffentlichkeitsarbeit zu vertiefen. Bei der Abschlussveranstaltung in Kpalimé stand die Wirtschaft Togos im Mittelpunkt der Gespräche. Verschiedene Unternehmer skizzierten die aktuelle Wirtschaftslage im Land und informierten die Teilnehmer über neue Unternehmensfelder. Ein Vergleich zwischen der afrikanischen und der europäischen Wirtschaftspolitik zeigte, dass die EU von vielen Teilnehmern als Vorbild gesehen wird und nach Auffassung der Nachwuchspolitiker Möglichkeiten für eine verbesserte wirtschaftliche und politische Integration bietet. Dabei wurde insbesondere auf die staatliche Aufgabe eingegangen, günstige Rahmenbedingungen für individuelle wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

FORSCHUNG UND LEHRE ZU SOZIALER MARKTWIRTSCHAFT IN GUATEMALA



Auf Initiative der KAS in Guatemala entstand Mitte 2009 in Zusammenarbeit mit der katholischen Universität Rafael Landívar ein neuer Lehrstuhl für Soziale Marktwirtschaft. Ziel der Einrichtung ist es, nicht nur Studenten der Ökonomie, Politikwissenschaft und der Rechtswissenschaften, sondern auch Professoren, Journalisten und Politikanalysten zu den Grundlagen und Themen der Sozialen Marktwirtschaft auszubilden. Vor dem Hintergrund der ordnungspolitischen Debatte, die nach der Finanzkrise in Lateinamerika offen geführt wird, findet die Arbeit des Lehrstuhls bereits breite Aufmerksamkeit.

ENERGIE UND UMWELT



Gemeinsam für den Klimaschutz: Die mexikanischen Senatoren Rubén Camarillo, Guillermo Tamborrel, Humberto Andrade und María Serrano (v.l.n.r.)

KLIMASCHUTZ IN MEXIKO

Mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete die „Fundación Humanismo Político“, die Stiftung der Senatsfraktion der KAS-Partnerpartei PAN, im August in Mexiko Stadt eine Seminarreihe zu „Auswirkungen des Klimawandels auf Mexiko“. Ziel war es, das Bewusstsein von Mandatsträgern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Problematik des Klimawandels zu schärfen und ihnen Kenntnisse über die künftigen Herausforderungen Mexikos angesichts der drohenden Erderwärmung zu vermitteln. In den insgesamt 15 Sitzungen referierten neben Senatoren der PAN auch Mitarbeiter des mexikanischen Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen und Klima-Experten aus Mexiko und Europa. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Entwicklung internationaler Instrumentarien zur Durchsetzung des globalen Klimaschutzes, konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Klimawandels sowie die Erarbeitung und Umsetzung von nationalen Umweltgesetzen.



JOURNALISTEN FÜR UMWELTPROBLEME SENSIBILISIEREN

Für junge Journalisten und für Journalistikstudenten veranstaltete das KAS-Büro in Fortaleza im September 2009 ein viertägiges Praxisseminar zu umweltpolitischen Themen.

Knapp 30 Journalisten hatten die Möglichkeit, sich anhand der Problematik des Nationalwaldes Araripe im Bundesstaat Ceará im Nordosten von Brasilien über aktuelle Umweltprobleme zu informieren. Die Konrad-Adenauer-Stiftung lud Professoren, Journalisten sowie Vertreter von Umweltorganisationen und des Umweltministeriums zu Vorträgen und Diskussionen ein. Im Dialog mit den jungen Journalisten erörterten sie Fragen der Nutzung und des Erhalts der Natur, der zunehmenden Bedrohung durch den Klimawandel sowie die Bedeutung von Naturschutzprojekten, aber auch zu praktischen Fragen ihres Berufsalltags.

Die Seminarteilnehmer werden Reportagen über die verschiedenen Themenschwerpunkte dieses Seminars verfassen. Die besten Arbeiten veröffentlicht die KAS dann in einer eigenen Publikation.

INDIEN: INTERNATIONALER ENERGIE-DIALOG

Bereits zum vierten Mal veranstaltete die KAS in Indien gemeinsam mit dem Energieforschungsinstitut des Nobelpreisträgers Rajendra Pachauri TERI („The Energy Resources Institute“) im Oktober einen energiepolitischen Dialog. Im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Kopenhagen lag der Fokus der Diskussionen auf den Folgen des Klimawandels und der Energiesicherheit der Zukunft. Dabei wurde die besondere Bedeutung der Atomenergie als Brückentechnologie und der Einsatz erneuerbarer Energien zur nachhaltigen und dauerhaften Energieerzeugung in Süd-asien deutlich. Der Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer MdB, sieht die Lösung für Indiens künftige Energieversorgung in einem ausgewogenen Energiemix.



Der ehemalige indische Außenstaatssekretär Rajiv Sikri (links) befürchtet künftige Konflikte um Energieressourcen zwischen China und Indien.

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER:



SABINA WÖLKNER

- Sabina Wölkner leitet seit September das Auslandsbüro in Sarajevo/Bosnien und Herzegowina
- Zuvor war sie als Referentin im Team Europa/Nordamerika tätig
- Kontakt: sabina.woelkner@kasbih.com



DR. COLIN DÜRKOP

- Übernahm im September 2009 die Leitung des Auslandsbüros Korea mit Zuständigkeit für die koreanische Halbinsel und für Japan
- Zuvor war er Leiter des Politikdialogprogramms in Asien und Teamleiter Asien
- Kontakt: colin.duerkop@kas.de



DR. BERND LÖHMANN

- Dr. Bernd Löhmann hat im September in Buenos Aires die Leitung des Länderprogramms Argentinien übernommen
- Zuvor war er Redenschreiber des Vorsitzenden der KAS
- Kontakt: bernd.loehmann@kas.de



DR. PETER KÖPPINGER

- Dr. Peter Köppinger leitet seit September das Auslandsbüro in Manila
- Zuvor war er u.a. Auslandsmitarbeiter in Vietnam, Kambodscha und Belgien
- Kontakt: peter.koeppinger@kas.de



OLAF JACOB

- Olaf Jacob leitet seit Oktober das Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika (SOPLA) in Rio de Janeiro
- Zuvor war er Referent im Team Lateinamerika der HA INT
- Kontakt: olaf.jacob@kas.de



THOMAS STEHLING

- Thomas Stehling leitet seit Oktober das Auslandsbüro in Madrid
- Zuvor war er u.a. Auslandsmitarbeiter in Manila und London
- Kontakt: thomas.stehling@kas.de



DR. MARTIN BECK

- Dr. Martin Beck wird ab Januar 2010 das Auslandsbüro in Amman leiten
- Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im GIGA für Nahost-Studien in Hamburg
- Kontakt: martin.beck@kas.de

Volkmar Köhler gibt Vorsitz des Planungsausschusses ab

Der langjährige Vorsitzende des Planungsausschusses und frühere Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Dr. Volkmar Köhler, gab am 5. Juli 2009 den Vorsitz des Gremiums, den er 1989 übernommen

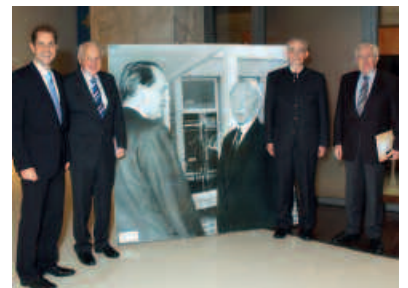
hatte, aus Altersgründen ab. Der stellvertretende Vorsitzende der KAS, Staatsminister a.D. Anton Pfeifer (rechts), dankte Dr. Köhler (zweiter von rechts) für dessen jahrzehntelanges Engagement für die Stiftung und würdigte seine kompetente Leitung und die stets gute Gesprächsatmosphäre. Durch den Planungsausschuss habe die KAS in den vergangenen zwei Jahrzehnten wichtige Impulse für ihre internationale Arbeit erhalten. Als Nachfolger wurde der stellvertretende Generalsekretär Dr. Gerhard Wahlers (links) berufen. Dies zeige, so Pfeifer, wie eng der Planungsausschuss mit der Arbeit der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit verbunden sei.



Entwicklungspolitisches Symposium zum 80. Geburtstag von Peter Molt

Das rasante Tempo der Veränderung, komplexe Zielsysteme und die zunehmende regionale und sektorale Vernetzung, die die Entwicklungszusammenarbeit zu Beginn des 21. Jahrhundert prägen, verlangen

nach neuen Ideen und innovativen Konzepten. Über eben solche wurde am 5. November in der Akademie der KAS in Berlin im Rahmen des Symposiums „Entwicklungspolitik neu denken“ anlässlich des 80. Geburtstages von Professor Dr. Peter Molt diskutiert. Thema und Vortragende zogen zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an, die sich auch nach den Vorträgen noch angeregt über die Zukunft der Entwicklungspolitik austauschten.





AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

ANUARIO DE DERECHO CONSTITUCIONAL LATINOAMERICANO 2009 (INKL. CD)

Die 15. Ausgabe des vom Rechtsstaatsprogramm für Lateinamerika herausgegebenen, renommierten Lateinamerikanischen Verfassungsrechtsjahrbuchs enthält unveröffentlichte Beiträge angesehener Autoren aus Lateinamerika und Europa zu aktuellen Entwicklungen des Verfassungs- und Verfassungsprozessrechts, des Grund- und Menschenrechtsschutzes sowie des Integrations- und des Völkerrechts, den Schwerpunktthemen des Rechtsstaatsprogramms. Die neue Ausgabe des Jahrbuches ist jetzt erstmals als indexierte Publikation erschienen und damit im Internet noch besser zugänglich.



AUSGEWÄHLTE ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS – ÜBERSETZUNGEN

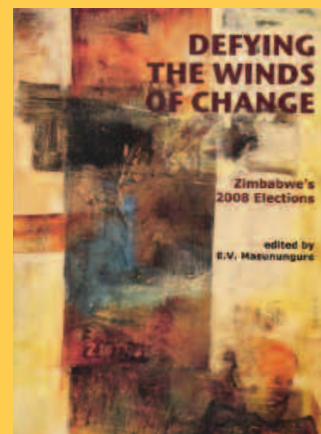
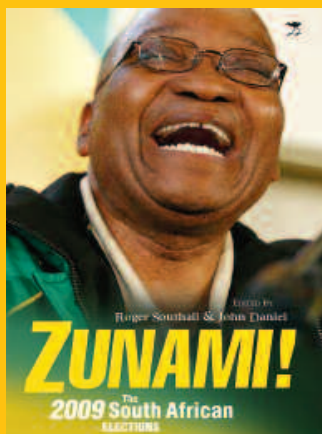
Anlässlich des 60jährigen Grundgesetzjubiläums hat das Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung wesentliche Entscheidungen des deutschen Bundesverfassungsgerichts in vier Sprachen des Westlichen Balkans (Albanisch, Bosnisch, Mazedonisch und Serbisch) übersetzen lassen. Die

Entscheidungssammlung eröffnet mit einer Einleitung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier. Die Übersetzung ins Mazedonische ist soeben erschienen.



ZUNAMI

Nur 3 Monate nach der Wahl liegt mit dieser Publikation eine wissenschaftlich fundierte Analyse der vierten demokratischen Wahlen in Südafrika vor. Eingehend werden die Wahlergebnisse im politischen Kontext interpretiert und Trends in der Parteibindung und dem Wahlverhalten aufgezeigt. Die Studie wurde von Roger Southall und John Daniel in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung konzipiert und herausgegeben. Das Buch ist bei Jacana Media erschienen und im Buchhandel erhältlich.



DEFYING THE WIND OF CHANGE

Nach Jahren Krise gab es in Simbabwe im März 2008 Parlaments-, Senats-, Kommunal- und Präsidentschaftswahlen. Bei diesen allgemeinen Wahlen verlor die seit der Unabhängigkeit 1980 regierende ZANU-PF zum ersten Mal die parlamen-

tarische Mehrheit und Präsident Robert Mugabe musste sich in einer Stichwahl dem Herausforderer Morgan Tsvangirai stellen. Die Publikation ist eine Analyse des politischen Tumults, aus dem die Bildung einer Regierung der „Nationalen Einheit“ hervorging und die eine Wegmarke in die politische Zukunft Simbabwe ist.